



Uno-Klimakonferenz in Paris

Über den nationalen Tellerrand hinausblicken

Gastkommentar
von BAN KI MOON

Ich habe als oberster Repräsentant der Vereinten Nationen den Klimawandel zur Priorität gemacht, weil kein Land diese Herausforderung alleine bewältigen kann. Der Klimawandel hat keinen Reisepass. Emissionen, die irgendwo entstehen, werden überall zum Problem. Der Klimawandel ist überall eine Bedrohung für das Leben und die Lebensgrundlagen. Wirtschaftliche Stabilität und die Sicherheit von Staaten sind bedroht. Nur durch die Uno können wir gemeinsam auf dieses globale Thema eine Antwort finden.

Der Verhandlungsprozess ist zäh und mühsam. Aber wir sehen Ergebnisse. Dem Aufruf der Uno sind über 166 Länder, deren Emissionen mehr als 90 Prozent ausmachen, gefolgt. Sie haben nationale Klimapläne mit Zielen verabschiedet, und wenn diese erfolgreich umgesetzt werden, kann die Emissionskurve flacher werden und der globale Temperaturanstieg bis Ende des Jahrhunderts auf etwa 3 Grad Celsius begrenzt werden.

Das ist ein signifikanter Fortschritt, die Herausforderung aber besteht darin, den globalen Temperaturanstieg unter 2 Grad Celsius halten zu können. Je früher wir handeln, desto grösser werden die Vorteile für uns alle sein: mehr Stabilität und Sicherheit, stärkeres und nachhaltigeres Wirtschaftswachstum, bessere Widerstandsfähigkeit bei Naturkatastrophen, reinere Luft, saubereres Wasser und bessere Gesundheit. Die Klimakonferenz muss zum Wendepunkt für eine emissionsärmere, klimaresistente Zukunft werden.

Weltweit werden Impulse gesetzt. Städte, Unternehmen und Investoren, religiöse Führer und Bürger handeln, um die Emissionen zu verringern und Widerstandsfähigkeit zu schaffen. Die Verantwortung liegt jetzt bei den Regierungen, ein bedeutsames, bindendes Abkommen in Paris zu erzielen, das für klare Regeln auf dem Weg zu einer Realisierung der globalen Ambitionen sorgt. Dafür brauchen die Verhandler klare Vorgaben von oben.

Ich glaube, dass uns dies bevorsteht. Die Vertreter der G-20-Staaten, die Anfang des Monats in Antalya zusammengelassen waren, haben gezeigt, dass sie die Verpflichtung für Klimaschutzmassnahmen ernst nehmen. Mehr als 120 Staats- und Regierungschefs haben ihre Teilnahme in Paris zugesichert, trotz erhöhten Sicherheitsbedenken als Folge der Terroranschläge. Ich sehe hier vier wichtige Elemente, damit Paris erfolgreich sein kann: Dauerhaftigkeit, Flexibilität, Solidarität und Glaubwürdigkeit.

Erstens muss Paris eine dauerhafte Perspektive entwickeln, um das Ziel von unter 2 Grad Celsius zu erreichen. Und es muss ein klares Signal an die Märkte gesendet werden, dass die CO₂-arme Transformation der Weltwirtschaft unvermeidbar und nützlich ist und bereits begonnen hat.

Zweitens muss das Abkommen flexibel sein, damit es nicht ständig neu verhandelt werden muss. Veränderungen in der Weltwirtschaft müssen berücksichtigt werden können, und ein Ausgleich zwischen der Führungsrolle der Industrieländer und der steigenden Verantwortung der Entwicklungsländer muss möglich sein.

Drittens muss das Abkommen Solidarität zeigen, auch durch Finanzierung und Technologietransfer für Entwicklungsländer. Industrieländer müssen ihr Versprechen einhalten, bis 2020 pro Jahr 100 Milliarden US-Dollar für die Anpassung und Schadensminderung zur Verfügung zu stellen.

Viertens muss das Abkommen glaubwürdig sein – es braucht klare Signale, wie auf die schnell eskalierenden Klimaauswirkungen reagiert werden kann. Das Abkommen muss regelmässige, fünfjährige Zyklen für Regierungen vorgeben, damit diese ihre nationalen Klimapläne objektiv bewerten und stärken können, wie von der Wissenschaft gefordert. Paris muss damit auch mehr Transparenz in diese Messmechanismen bringen, um den Fortschritt bewerten und überwachen sowie der Uno darüber berichten zu können.

Die Uno steht bereit, um Länder bei der Umsetzung solcher eines Abkommens zu unterstützen. Ein bedeutsames Klimaabkommen in Paris wird ein besseres Heute und vor allem ein besseres Morgen schaffen. Es wird uns helfen, die Armut zu beenden, unsere Luft reiner zu halten, unsere Meere zu schützen und unsere Gesundheit zu verbessern. Durch das Abkommen entstehen Arbeitsplätze, und es werden ökologische Innovationen katalysiert. Es wird den Fortschritt in Richtung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung beschleunigen. Deshalb liegt mir das Klimaabkommen so am Herzen.

Meine Botschaft an die Politiker ist klar: Der Erfolg in Paris hängt von ihnen ab. Jetzt ist die Zeit, den gesunden Menschenverstand walten zu lassen und Bereitschaft für Kompromiss und Konsens zu zeigen. Es ist an der Zeit, über die nationalen Horizonte hinauszublicken und das gemeinsame Interesse voranzustellen. Die Menschen weltweit wie auch die künftigen Generationen zählen darauf, dass wir den Mut haben, diesen historischen Augenblick zu nutzen.

Ban Ki Moon ist Uno-Generalsekretär.

Kompetenzen des Nachrichtendienstes

Präventive Überwachung

Gastkommentar
von DAVID ZOLLINGER

Erst recht nach den Attentaten in Paris wird darüber diskutiert, ob nun mehr Überwachung durch den Nachrichtendienst (ND) mehr Segen bringe oder nicht. Gegner von mehr Kompetenzen des ND weisen darauf hin, dass die Anschläge trotz sehr weitgehenden Überwachungsmöglichkeiten der französischen ND-Organen nicht hätten verhindert werden können. Ebenso bringe mehr Überwachung keinen Zusatznutzen, da die Zielpersonen ohnehin verschlüsselt kommunizieren. Und die Strafverfolger monieren, sie seien ja bereits für Überwachungsmassnahmen zuständig, wenn Delikte begangen würden. Das ist alles nicht falsch, aber auch nicht die ganze Wahrheit. Wer erklärt, mehr Überwachung durch den ND könne keine Anschläge verhindern, verkennt drei Dinge:

Erstens ist es eine Binsenwahrheit, dass selbst in einem totalitären Überwachungsstaat nicht sämtliche unerwünschten Taten präventiv verhindert werden können; umso weniger gilt dies für einen freiheitlichen Rechtsstaat westeuropäischer Prägung. Neben bekannten Personennamen kann vor allem die logistische Vorbereitung von Anschlägen aufgeklärt werden. Je weniger Aufwand diese erfordert, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, unentdeckt zu bleiben. Das bedeutet aber umgekehrt nicht, dass präventive Überwachung generell wirkungslos ist und erst recht nicht, dass der Verzicht darauf zu mehr Sicherheit führt.

Zweitens ist nicht bekannt, ob und wie viele Anschläge, von denen die Öffentlichkeit nie etwas erfahren hat, dank präventiven Überwachungsmassnahmen des ND verhindert werden konnten. Die USA erklärten wiederholt, durch die Massnahmen der Patriot Act und den Ausbau der NSA hätten zahlreiche Anschläge im Keim erstickt werden können. Ob das stimmt, kann kaum überprüft werden, aber vollständig ausgeschlossen scheint es auch nicht.

Drittens können die Informationen des ND dazu beitragen, dass auch die Strafbehörden schneller ermitteln können. In Paris lagen schon knapp 24 Stunden nach den Anschlägen erste Erkenntnisse über mögliche Täter vor. Dass dies nicht alleine die Frucht polizeilichen Arbeitens war, scheint sehr wahrscheinlich.

Sodann erklären Skeptiker, mehr Überwachung durch den ND ziele nur auf unbescholtene Bürger, da die wahren Zielpersonen ohnehin verschlüsselt kommunizieren würden. Das mag für einzelne Personen zutreffen, aber längst nicht für alle Fälle. Dasselbe Argument könnte auch im Bereich der Strafverfolgung verwendet werden. Doch genau hier ist offensichtlich, dass die Überwachung des Telefon-, E-Mail- und Internet-Verkehrs sowie die Auswertung von Server-Daten längst zu unabdingbaren Ermittlungswerkzeugen

geworden sind. Dort, wo die Verschlüsselung der Kommunikation einen direkten Abgriff verunmöglicht, sollen künftig spezielle Überwachungsprogramme («GovWare», Staatstrojaner, welche Signale auf dem Endgerät vor der Verschlüsselung abgreifen) zum Einsatz kommen. Es käme niemandem in den Sinn, die Strafverfolger wieder auf den Stand der 1980er Jahre zurückzubinden, nur weil einzelne Verdächtige ihre Kommunikationsstränge verschlüsseln. Was ebenfalls zu bedenken ist: Die Situation einer untergetauchten Person, die sich der Verhaftung entziehen will, ist grundsätzlich eine andere als diejenige, bei der eine Organisation Anschläge plant und durchführt. Aus einem Versteck heraus kann im Notfall auch bloss mit Notzetteln kommuniziert werden. Eine Zelle oder erst recht eine grössere Organisation ist dagegen ohne den Einsatz von elektronischen Kommunikationsmitteln nicht mehr zu führen.

Schliesslich kritisieren vor allem Strafverfolger, die Überwachungskompetenzen der Staatsanwaltschaften reichten vollständig aus, da ja bereits beim geringsten Verdacht auf strafbare Handlungen und in schweren Fällen schon bei Vorbereitungshandlungen ein Strafverfahren eröffnet werden könne. Auch das ist nicht falsch, aber nicht vollständig: Es sind eine ganze Reihe von Konstellationen denkbar, bei denen kein Strafverfahren eröffnet werden kann und es dennoch ein Interesse an mehr Information gibt (z. B. bei fehlender Anwendbarkeit des Schweizer Strafrechts, fehlender Ermächtigung zur Führung eines Strafverfahrens im Bereich Staatsschutz oder weil der Hinweis auf ein Delikt von einem ausländischen ND stammt). Prävention ersetzt nicht die Repression, sondern ergänzt sie.

Berechtigt ist der Einwand, dass mehr Überwachung letztlich zu einem Abbau der Privatsphäre führt. Aber erstens ist dies angesichts der herrschenden Lage ein Umstand, den immer mehr Bürger akzeptieren, wenn im Gegenzug mehr Sicherheit gewährleistet wird. Und zweitens besteht das Problem nicht im «Was» (Kompetenzen des ND), sondern im «Wie»: Es darf vom Staat verlangt werden, dass bei aller Sicherheit die Gewähr rechtsstaatlichen Handelns gegeben ist. Dazu beitragen wird die unabhängige Aufsichtsbehörde, welche künftig den ND in der Schweiz kontrollieren soll. Sie wird im Verbund mit der parlamentarischen Aufsicht, der VBS-Spitze und dem Bundesverwaltungsgericht dafür sorgen müssen, dass mehr Überwachung nicht gleichzeitig mehr Totalitarismus bedeutet, sondern dass wie angekündigt ausschliesslich legitime Ziele im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben aufgeklärt werden.

David Zollinger war Staatsanwalt in Zürich. Heute ist er Konsulent bei Tethong Blattner Rechtsanwälte und Mitglied der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft.